

Jean-Pierre Bonny: «Die EU ist nicht so stark, dass sie einfach auf die Schweiz verzichten könnte. Sie ist ein Koloss auf tönernen Füßen»

Im Vorfeld der EWR-Abstimmung leitete der freisinnige Berner Nationalrat und Wirtschaftsanwalt das sogenannte Salon-Komitee der Gegner. Im Gespräch erzählt er, wie gross der Druck innerhalb der FDP damals war und weshalb er Parallelen zur EU-Debatte sieht.

Christina Neuhaus

24.09.2025, 05.30 Uhr ⌚ 7 min



NZZ



Jean-Pierre Bonny rät seiner FDP zu einer Urabstimmung über die EU-Verträge: «Ohne diese Klärung bleibt die Partei zerrissen.»

Michael Hug

Herr Bonny, wie viel Mut brauchte es Anfang der neunziger Jahre, um sich in der FDP gegen den EWR-Beitritt zu engagieren?

Innerhalb der FDP war ich unter Druck. Ich habe Verwaltungsratsmandate verloren, zum Beispiel bei Feintool. Mir wurde gesagt: «Du bist zwar wertvoll, aber wir können uns keinen Gegner des EWR im Verwaltungsrat leisten.» In der Partei war das Verhältnis etwa 60 zu 40 – 60 Prozent dafür, 40 dagegen. Ich hatte in meinem Komitee 13 Mitglieder aus der Bundeshausfraktion. Es war also keineswegs so, dass alle in der FDP auf der Linie der Befürworter waren.

Sie waren der Leiter des sogenannten Salon-Komitees. Wie kam es zu diesem Namen?

Christoph Blocher hat es so getauft, nicht ich. Der Name war leicht spöttisch gemeint. Er hätte lieber ein Einheitskomitee gebildet, aber das wollte ich nicht.

Weshalb nicht?

Ich hielt einen Teil seiner Argumentation für fremdenfeindlich. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Ich halte Christoph Blocher für eine bedeutende Figur der Schweizer Zeitgeschichte. Aber der Ton hat mir nicht gefallen. Deshalb haben wir zwei Komitees gebildet. Im Komitee engagierten sich auch Elisabeth Zölch und Suzette Sandoz. Mein Stellvertreter war der damalige SVP-Nationalrat und Unternehmer Walter Frey, ein wahrer Gentleman. Zu einer Sitzung brachte er PR-Profis mit, die uns Vorschläge für eine Abstimmungskampagne machten. Als ich fragte, wer das denn bezahlen sollte, sagte er bloss: «Jean-Pierre, wenn ich dabei bin, spricht man nicht über Geld.»

Die Wirtschaft war damals fast geschlossen für den EWR-Beitritt. Sie waren ein gefragter Wirtschaftskonsulent und Verwaltungsrat, weshalb waren Sie dagegen?

Der EWR hätte der Schweiz Vorteile gebracht, das will ich gar nicht bestreiten. Im Gegensatz zum gescheiterten Rahmenabkommen und zu den geplanten neuen Verträgen mit der EU hätte ein Beitritt unsere Institutionen nicht berührt. Für mein Engagement im Gegenkomitee waren hauptsächlich zwei Punkte ausschlaggebend. Artikel 102, 103 und Artikel 93.2.

Und was steht da drin?

In Artikel 102 und 103 wird festgehalten, dass die EU und die Mitglieder des EWR bei Differenzen sechs Monate lang verhandeln können. Wenn innerhalb dieser Frist keine Lösung gefunden wird, dann entscheidet die EU. Für einen souveränen Staat ist so etwas inakzeptabel.

Und worum geht es in Artikel 93.2?

Der Europäische Wirtschaftsraum ist ja ein Binnenmarkt, der die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) umfasst: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Der Artikel besagt, dass die vier unterschiedlichen Efta-Staaten nur mit einer Stimme reden dürfen. Die Schweiz wäre in Vorverhandlungen mit Fischereistaaten wie Norwegen oder Island immer wieder zu Konzessionen gezwungen worden.

Auch der Bundesrat war in der Frage der Souveränität gespalten. Noch während der EWR-Verhandlungen mit Brüssel deponierte er ein Gesuch für den EU-Beitritt. Adolf Ogi sagte später, der Bundesrat habe Angst gehabt, die Schweiz werde sonst früher oder später isoliert dastehen.

Das war ein schwerer Fehler. Ohne das Gesuch um einen EU-Beitritt wäre der EWR-Beitritt wohl angenommen worden. Aber der Bundesrat

war in der EWR-Frage gespalten.

In Ihrer Autobiografie erwähnen Sie einen Bundesrat, der Sie im Geheimen ermuntert habe. Verraten Sie, wer das war?

Heute kann ich es ja sagen. Es war Flavio Cotti.

Cotti? Er war für einen EU-Beitritt.

In den Medien hielt er flammende Aufrufe für den EWR-Beitritt. Wenn keiner im Büro war, rief er mich jede Woche an und sagte: «Jean-Pierre, ihr macht zu wenig, ihr müsst euch mehr engagieren!» Am meisten geholfen hat mir Alt-Bundesrat Hans Schaffner, der geniale Schöpfer des Freihandelsvertrags von 1972 mit der EWG. Schaffner war ein entschiedener Gegner des EWR.

Im «Bund» haben Sie einmal eine Geschichte erzählt, die man fast nicht glauben kann. Offenbar hat die Schweiz den EWR-Vertrag auch deshalb nicht besser ausgehandelt, weil René Felber und Jean-Pascal Delamuraz kein Englisch sprachen. Haben Sie das erfunden?

Nein, das habe ich aus erster Quelle vom Schweizer Chefunterhändler Franz Blankart. Als er nicht mehr weiterkam, wurde ein Treffen auf Ministerebene angesetzt. Die Schweiz schickte René Felber und Jean-Pascal Delamuraz, den Aussen- und den Wirtschaftsminister. Irgendwann im Verlauf der Verhandlung wurden die Chefunterhändler aus dem Sitzungszimmer geschickt, weil die Minister eine politische Lösung aushandeln wollten. Um 22 Uhr verliessen dann auch die Dolmetscher den Raum. Ihr Gesamtarbeitsvertrag erlaube es ihnen nicht, länger zu arbeiten. Ab dann waren die Minister unter sich. Delamuraz hat dann die Abstimmungsniederlage später nur schlecht ertragen.

Wie äusserte sich das?

Mit Jean-Pascal Delamuraz verband mich vor seiner Wahl in den Bundesrat eine Freundschaft. Sie ging nach dem «schwarzen Sonntag», wie er ihn nannte, in die Brüche. Er grüsste mich nicht einmal mehr. Doch dann passierte etwas, was mich freute. Sechs Monate später, im Juni 1993, stand er mitten in einer Sitzung der FDP-Fraktion plötzlich auf, kam auf mich zu und gab mir die Hand: «Jean-Pierre, la guerre est terminée, on fait la paix.» Typisch Delamuraz!

Welche Bedeutung hat der EWR heute noch? Angenommen, Island entscheidet sich wirklich für den EU-Beitritt, dann besteht er noch aus Norwegen und Liechtenstein.

Die Länder haben keine schlechten Erfahrungen gemacht, aber die bilateralen Verträge, die die Schweiz nach dem EWR-Nein ausgehandelt hat, gehen deutlich über das EWR-Abkommen hinaus. Sie sind und waren eine klare Verbesserung. Ich bin damals an 62 Veranstaltungen aufgetreten, und jedes Mal fragten die Befürworter: «Was ist denn die Alternative?» Ich antwortete jedes Mal: «Die Alternative sind bilaterale Verträge.» Doch der Bundesrat und Staatssekretär Franz Blankart, der das Abkommen verhandelt hatte, erklärten bei jeder Gelegenheit, dass die EU bilaterale Verträge ablehne. Es gebe nur den Beitritt zum EWR oder den wirtschaftlichen Abstieg.

Die Schweiz ist zufrieden mit dem Modell der Bilateralen, die EU nicht. Sie beharrt auf institutionellen Regeln.

Zwischen 1992 und heute hat die Schweiz über hundert bilaterale Verträge abgeschlossen. Doch wieder heisst es, es gebe keine Alternative, wenn die Schweiz den wirtschaftlichen Abstieg verhindern wolle. Die EU werde ein Nein nicht akzeptieren, die Schweiz piesacken oder die Personenfreizügigkeit kündigen.

Sie zweifeln?

Die Schweiz hat in den 33 Jahren seit der Abstimmung über den EWR-Beitritt eine Epoche von beispielloser Prosperität erlebt. Die Europäische Union ist nicht so stark, dass sie einfach auf die Schweiz verzichten könnte. Die EU ist ein Koloss auf tönernen Füßen.

Haben Sie den Vertrag für das geplante Abkommen mit der EU gelesen?

Nein, ich stütze mich da auf die umfassende Berichterstattung der NZZ. Die Verträge enthalten ebenfalls Positives, aber der Preis ist zu hoch.

In welchem Bereich zum Beispiel?

Als Direktor des damaligen Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit war mir der Erhalt eines liberalen Arbeitsmarkts besonders wichtig. Um die Gewerkschaften ins Boot zu holen, hat der Bundesrat ihnen nun 14 Konzessionen gewährt – unter anderem die Ausweitung des Kündigungsschutzes und eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen. Damit gibt man den freien Arbeitsmarkt preis, doch der ist für den Wohlstand der Schweiz zentral.

Der Arbeitgeberverband hat sich mit den Gewerkschaften auf diese Lohnschutzmassnahmen geeinigt.

Eben! Unglaublich, nicht? Der Verband steht offenbar stark unter dem Druck derjenigen Vertreter der Wirtschaft, die ein Abkommen mit der EU um jeden Preis wollen.

Was stört Sie sonst noch?

Die Abstimmung muss zwingend dem Ständemehr unterstellt werden. Der negative Vorentscheid des Bundesrats ist eindeutig

taktisch motiviert. Offenbar ist er sich bewusst, dass das Abkommen grosse Schwächen hat, weshalb ein Ja der Kantone schwierig wird. Ein so wichtiger Vertrag muss aus demokratiepolitischen Überlegungen zwingend vom Volk und den Ständen angenommen werden. Ich hoffe, das Parlament korrigiert den Bundesrat noch. Und ich hoffe, die FDP behandelt diese Frage an der Delegiertenversammlung im Rahmen eines separaten Antrags. Es geht um den Föderalismus, einen Pfeiler unseres Staates.

Inwiefern? Die Personenfreizügigkeit knüpft weiterhin an den Arbeitsmarkt an.

Der Bundesrat hat sich grosse Mühe gegeben, die Zuwanderung zumindest etwas einschränken zu können. Doch das ist ihm nur ansatzweise gelungen. Es schleckt keine Geiss weg, dass der Familiennachzug ausgedehnt wird. Heute sind schon drei von zehn Zuwanderern aus EU-Ländern Familienangehörige, künftig werden es noch mehr sein.

Die Frage der Souveränität ist auch heute wieder ein grosses Thema.

Die dynamische Rechtsübernahme beschränkt die Mitsprache des Volkes. Selbst wenn die Schweiz ein Veto einlegt, kann die EU Strafmassnahmen verhängen. In der Schweiz gäbe es zudem eine Verlagerung der Kompetenzen der Exekutive zur Verwaltung.

Überzeugter Liberaler

Der 1931 geborene Berner Anwalt Jean-Pierre Bonny erlangte schon als Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit nationale Bekanntheit. 1983 wäre er für die FDP beinahe Bundesrat geworden, und in den neunziger Jahren prägte er nicht nur den EWR-Abstimmungskampf wesentlich mit. Bonny, ein Kunstfreund und kluger Investor, ist der Schöpfer

des «Bonny-Preises der Freiheit», der alljährlich an liberale Persönlichkeiten verliehen wird.

Neu kommt bei Uneinigkeit über die Anwendung der bilateralen Verträge ein Streitbeilegungsverfahren zur Anwendung. Erst wenn die Schweiz den Entscheid des Schiedsgerichts nicht akzeptiert, kommt es zu Ausgleichsmassnahmen.

Und wer redet mit, wenn sich die Schweiz und die EU nicht einig sind, ob nun Binnenmarktrecht verletzt wurde oder nicht? Der Europäische Gerichtshof. Doch der EuGH interpretiert das EU-Recht nicht nur, er gestaltet es auch mit und weitet so seine Kompetenzen laufend aus. Das ist gefährlich, weil niemand vorhersehen kann, wie sich das entwickeln wird.

Die FDP ist heute ähnlich gespalten wie damals. Haben Sie Angst, dass es die Partei zerreisst?

Ich sehe Parallelen zur Zeit der EWR-Abstimmung. Die Spaltung ist eine Belastung für die Partei.

Die Delegiertenversammlung der FDP wird am 18. Oktober über Ja oder Nein zum Vertragspaket befinden. Sie haben eine zusätzliche Urabstimmung vorgeschlagen. Welche Reaktionen haben Sie erhalten?

Eigentlich fast nur positive. Nach den Statuten ist an der Delegiertenversammlung ein Antrag auf Urabstimmung möglich. Eine Urabstimmung könnte helfen, die Spannung in der Partei zu reduzieren. Wenn die Basis entscheidet, kann man das Ergebnis akzeptieren – egal, ob es ein Ja oder ein Nein wird. Ohne diese Klärung bleibt die Partei zerrissen.